



# Kataloniens Streben nach Unabhängigkeit spitzt sich zu

FRANCESC TRILLAS  
Juli 2017

- Seit Jahrzehnten bereits strebt das wirtschaftlich aufblühende Katalonien nach seiner Unabhängigkeit vom spanischen Nationalstaat und rechtfertigt diesen Anspruch mit historischen, politischen und besonders wirtschaftlichen Gründen. Die Unabhängigkeit solle dem Selbstbestimmungsrecht der Katalanen und der Chance auf größeren Fortschritt ohne das föderale System Spaniens zu Gute kommen.
- Im November 2014 führte Katalonien ein Referendum durch, an dem über 30 % der Bevölkerung teilnahm. 80 % der Teilnehmenden stimmten für eine Unabhängigkeit. Das Verfassungsgericht machte in seinem Urteil deutlich, dass eine Autonome Gemeinschaft wie Katalonien kein Recht auf ein Selbstbestimmungsreferendum hat, da dies in der Verfassung nicht vorgesehen ist.
- Die konservative Minderheitsregierung unter Rajoy schweigt im politischen Diskurs zu weiteren Sezessionsbestrebungen, wogegen die sozialistische PSOE und auch die linkspopulistische Podemos eine komplexe Verfassungsreform mit dem Zusatz der »Nation der Nationen« einfügen möchten, um so auch die linguistische Vielfalt zu etablieren. Das Machtpotential der PSOE könnte dabei eine wichtige Rolle spielen.
- Als Reaktion auf die politische Stagnation kündigte der katalanische Regierungschef Puigdemont – trotz der Verfassungswidrigkeit – für den 1. Oktober 2017 ein weiteres Referendum an. Er sei auch bereit, einen einseitigen Unabhängigkeitsprozess einzuleiten. Inwiefern dies glücken wird, bleibt abzuwarten, da die Regierung bereits Schwierigkeiten hat, Urnen für das Referendum anzuschaffen und fataler: Die Folgen eines wirtschaftlichen Kollapses könnten verheerend sein.

## Katalonien – eine Schlüsselregion für Spanien

Der ökonomische Vorteil Kataloniens ist wesentlich in seiner idealen Lage zwischen dem iberischen und dem europäischen Markt begründet. Seit Jahren schon blühen Katalonien und seine Metropolregion um Barcelona wirtschaftlich auf. Die Wirtschaftskraft hat sogar die weittragende Wirtschafts- und Finanzkrise relativ gut überstanden. Es verwundert deshalb nicht, dass Katalonien nicht nur für Spanien, sondern auch für Europa als eine Schlüsselregion für Stabilität, Sicherheit und Wohlstand gilt.

Neben der wirtschaftlichen Stärke werden in Katalonien aber auch historische und politische Gründe genannt, die ein vom Königreich unabhängiges Katalonien rechtfertigen sollen. Trotz des in der Verfassung verankerten Status einer autonomen Region mit Partikularrechten (*Comunidad Autónoma de Cataluña*) möchte Katalonien die Unabhängigkeit erklären. Zu diesem Zweck führte es bereits 2014 inoffiziell ein erstes Referendum durch, welches damals von der spanischen Regierung geduldet wurde.

Dabei ist prinzipiell ein Referendum zur Sezession vom spanischen Nationalstaat in der spanischen Verfassung nicht vorgesehen. Für diesen Zweck ist eine Verfassungsänderung mit mehreren Wahlgängen erforderlich – angesichts der gegenwärtig schwierigen Mehrheitsverhältnisse in Spanien ein nahezu aussichtsloses Unterfangen. Bereits die langwierige Regierungsbildung nach den Wahlen 2015 und 2016 gestaltete sich kompliziert. Aktuell führt die konservative PP eine Minderheitsregierung unter dem Ministerpräsidenten Manuel Rajoy, und die sozialdemokratische PSOE steht mit einem alten neu gewählten Generalsekretär vor innerparteilichen Scherben. So nutzte der Präsident der Generalitat de Catalunya (Gesamtheit der katalanischen Institutionen), Carles Puigdemont, die Gunst der Stunde und mahnte die Zentralregierung in Madrid symbolisch im *Palacio de Cibeles* (Stadtverwaltung Madrids) an, einen konstruktiven Dialog und weitere Vorschläge zur Durchführung eines legalen Referendums vorzubringen. Sollte die Zentralregierung dies verweigern und keine Legitimität in einem katalanischen Referendum sehen oder einen

legalen Weg für die Durchführung eines Referendums suchen, werde Katalonien eine einseitige Unabhängigkeitserklärung ohne Absprachen durchführen. Derweil wird darüber spekuliert, ob die katalanische Regierung ein zweites Referendum bereits für den 1. Oktober 2017 anvisiert. Die Lage ist angespannt.

## Rückblick – die Vorgeschichte der aktuellen Zuspitzung

Nach vielen Jahrzehnten einer konservativ-nationalistischen Regierung in Katalonien unter Jordi Pujol, welcher bereits während der franquistischen Diktatur in der katalanischen Opposition tätig gewesen war, übergab dieser 2003 den Parteivorsitz an Artur Mas. 2010 konnte Artur Mas dem Parteienverbund *Convergència i Unió* (CiU) – bestehend aus der liberalen Partei CDC (*Convergència Democràtica de Catalunya*) und der christdemokratischen UDC (*Unió Democràtica de Catalunya*) von Jordi Pujol – zum ersten Mal seit langer Zeit keine absolute Mehrheit verschaffen. Im Kontext der Finanz- und Wirtschaftskrise verlegte der neue Vorsitzende daraufhin seinen politischen Diskurs zunehmend auf ein unabhängiges Katalonien mit dem Ziel, in einer Stimmung sozioökonomischer Unzufriedenheit der Bevölkerung ein starkes »Anti-Madrid-Gefühl« zu schüren. Die absolute Mehrheit in Katalonien verfehlte Artur Mas zwar dennoch. Doch mit der Unterstützung der republikanischen Linken Kataloniens (ERC) erzielte er insgesamt gute Wahlergebnisse, auf deren Grundlage er die Mobilisierung für ein unabhängiges Katalonien massiv vorantreiben konnte.

Folge dieser neuen Koalition der Parteien seit 2012 als »*Junts pel Sí*« (»Zusammen für Ja«) war die Durchführung eines illegalen, von der spanischen Regierung aber geduldeten Referendums im November 2014. Mehr als 30 % der katalanischen Bevölkerung nahm daran teil und ca. 80 Prozent stimmten dabei für die Unabhängigkeit.

Der rasante Aufstieg von »*Junts pel Sí*« spiegelt auch eine spanische Entwicklung nach der Franco-Diktatur wider. Trotz der erfolgreichen und gefeierten Transition Spaniens von einer Diktatur in eine Demokratie mangelt es dem politischen Diskurs in Spanien bis heute an multinationalen Elementen. Der Unabhängigkeitsdiskurs in Medien, Politik und Gesellschaft stellt für die national-konservative Regierung und den nationalen Diskurs eine extreme Herausforderung dar. Dabei ist

\* Der vorliegende Text ist eine leicht gekürzte Übersetzung aus dem Spanischen von Agnesa Tprdschanowa, B.A. Politikwissenschaften, Goethe-Universität Frankfurt

zu bedenken, dass die Katalanen und Basken, die eine Sezession anstreben, auf eine lange Geschichte politischer Unabhängigkeit zurückblicken können, weshalb es nicht verwundert, dass sie trotz besonderer autonomer Machtbefugnisse keine Zufriedenheit im föderalen Spanien finden. Es zeigt sich, dass die Formel der spanischen Nationalisten, die Sezessionsbestrebungen mit mehr Autonomierechten aufzulösen, nicht aufgeht. Die Sezessionsdiskurse werden durch die Eurokrise und das asymmetrische Zugeständnis von Machtbefugnissen an einzelne Regionen gestärkt, und das Ziel einer nationalen Harmonie weiterhin untergraben.

## Der Status Quo

Katalonien ist unter den 17 autonomen Regionen Spaniens die Region mit dem größten Urbanisierungsgrad. Insgesamt werden in Katalonien 20% des spanischen Bruttoinlandprodukts (BIP) produziert. Die Produkte werden sowohl national als auch international exportiert. Während der Finanzkrise waren es die katalanischen Großbanken *Bancaixa* und *Banco de Sabadell*, die den spanischen und portugiesischen Finanzmarkt dominierten.

Aufgrund des wirtschaftlichen Erfolgs argumentieren die Separatisten daher immer wieder, dass eine Unabhängigkeit die wirtschaftliche Kraft Kataloniens weiter stärken würde, da dann die Negativbilanzen aus dem nationalen Umverteilungssystem entfallen würden. Vor diesem Hintergrund hat die Deutsche Bank 2015 in einer Studie die ökonomischen Argumente der Separatisten untersucht. Die Studie bestätigte zwar prinzipiell Kataloniens Anspruch darauf, eine Schlüsselregion für Spaniens Wirtschaft zu sein, allerdings gilt diese Zuschreibung der Studie zufolge ebenso für die meisten anderen Regionen mit Sezessionsbestrebungen. Im Vergleich zum Baskenland und zu Navarra, welche partikularrechtliche Finanzregelungen haben, steht Katalonien sogar eher schlecht dar. Denn wie aus der Studie hervorgeht, ist der katalanische Defizit (4.35% des BIP 2012) allein der katalanischen Wirtschafts- und Finanztätigkeiten zuzuschreiben und nicht, wie von den Sezessionisten argumentiert, dem nationalen Umverteilungssystem.

In der Debatte um die Unabhängigkeit Kataloniens werden solche Details gerne unterschlagen und die Fakten des komplexen asymmetrischen Systems der Regionen

vernachlässigt. Wenn in der Debatte neben historischen Aspekten und nationalistischen Ideen auch wirtschaftliche Argumente verwendet werden und ein starkes unabhängiges Katalonien prophezeit wird, werden mögliche Folgen wie eine starke Verschuldung und drohende Finanzkrisen außer Acht gelassen.

## Die politische Landschaft Kataloniens

Mit der Strategieänderung des Parteienverbundes CiU und der neuen Koalition mit dem pro-sezessionistischen ECR, hat Artur Mas als Vorsitzender des Bündnisses CiU die politische Landschaft in Katalonien verändert. Das politische Spektrum ist dermaßen fragmentiert, dass keine Partei für sich mehrheitsfähig ist. Insbesondere der nationale Aufstieg des Linkspopulismus und ein hoher Stimmenverlust an Podemos haben die Sozialdemokratie in den letzten Jahren sowohl in Katalonien als auch auf nationaler Ebene stark ins Schwanken gebracht. Die regionale Schwesterpartei PSC (*Partit dels Socialistes de Catalunya*) der nationalen PSOE setzt sich zwar prinzipiell für eine föderalistische Lösung ein, doch Teile der PSC haben sich bereits für eine Unabhängigkeit ausgesprochen. Dies erschwert eine einheitliche Strategie gegen die einseitig propagandistischen Ideen der Sezessionsbefürworter.

Die fragmentierte politische Landschaft spiegelt gleichzeitig auch die soziale, geographische, ökonomische und soziolinguistische Komplexität Kataloniens wider. So ist zum Beispiel die Gruppe der Unabhängigkeitsbefürworter unter den katalanisch sprechenden Bewohner\_innen ist viel größer als unter den spanisch sprechenden. Obwohl Katalanisch bereits seit 1980 Hauptunterrichtssprache an Schulen ist, ist die neue Generation bilingual mit Katalanisch und Spanisch aufgewachsen. In der Gesellschaft und in den Medien ist Spanisch – »el castellano« in Katalonien – unbestreitbar weiterhin die dominierende Sprache. Hinzu kommt, dass der Großteil der katalanisch sprechenden Sezessionsbefürworter außerhalb der Metropolregion lebt, was wiederum eine Spaltung zwischen Stadt und Land – und damit auch die Fragen sozialökonomischer Ungleichheit – zum Ausdruck bringt.

Trotz der identitären und linguistischen Aspekte im Sezessionsdiskurs, ist es unbestreitbar, dass Spanisch weiterhin die dominierende Sprache in der Gesellschaft und in den Medien ist.

## Szenarien – wie geht es weiter?

Das Ringen der Sezessionisten um die politische Macht und die Unabhängigkeit birgt insoweit eine politische Gefahr in sich, als dass die legal-konstitutionelle Grenze immer weiter nach hinten verschoben wird. Dementsprechend wird in der Kommunikationsstrategie auf das demokratische Selbstbestimmungsrecht gepocht, ohne dass dieses in der spanischen Verfassung vorgesehen ist und eine Verfassungsänderung einen langen und komplexen Wahlprozess verlangen würde.

Die katalanische Frage der Unabhängigkeit vom spanischen Nationalstaat hängt von vielen politischen Faktoren ab. Trotz der klaren konstitutionellen Regelung wird die Entwicklung der spanischen, europäischen und internationalen Politik höchstwahrscheinlich einen größeren Einfluss auf die Unabhängigkeitsdebatte haben, als die Kampagne der Sezessionisten oder die Verfassung.

Viel hängt von den Wahlen in Europa 2017 und 2018 (Frankreich, Deutschland, Italien) ab. Gelingt es der europäischen Idee, dem starken Euroskeptizismus entgegenzutreten, könnte es für Katalonien schwierig werden, weiterhin eine europäische Plattform für seinen Unabhängigkeitskurs zu finden. Im Kontext der europäischen Politkrise – und dem Wiederaufatmen Spaniens nach der Krise – möchten alle Akteure eine konstitutionelle Krise in einem wichtigen EU-Mitgliedsland unbedingt verhindern.

Trotz der konstitutionellen Regelung und der erheblichen Krisengefahr für Spanien im Falle eines fortschreitenden Unabhängigkeitsdiskurses, kommt die Nation nicht drumherum, sich einem gesellschaftlichen und politischen Diskurs über seine Multinationalität zu stellen. Um verheerende Folgen zu verhindern, muss sich Spanien um föderalistische Lösungsansätze – wie z. B. in Deutschland – bemühen. Auf diese Weise könnte wie in Belgien oder Kanada – zusätzlich zu den bereits vorhandenen Autonomierechten – auch die linguistische Pluralität verfassungsrechtlich verankert werden. Dadurch erhielte auch der Begriff »Nation« eine neue Konnotation.

Es bleibt zu hoffen, dass die politischen Kräfte, die nach einer langfristig tragbaren Lösung suchen – insbesondere die Sozialdemokraten – sich wieder sammeln und eine starke Position im öffentlichen Diskurs besetzen. Denn nicht zuletzt für die Bevölkerung Kataloniens wäre es fatal, sich von sezessionistischen Ideen verleiten zu lassen,

ohne die schwerwiegenden politischen und wirtschaftlichen Konsequenzen dabei im Blick zu behalten.



## Über den Autor

**Francesc Trillas** ist Professor für Wirtschaftspolitik an der Universidad Autònoma von Barcelona und zudem Vizepräsident der Federalistes d'Esquerres sowie Mitglied im Vorstand der sozialdemokratischen Stiftung Fundación Rafael Campalans

## Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung Referat Westeuropa/Nordamerika |  
Abteilung Internationaler Dialog  
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:  
Michèle Auga, Leiterin des Referats Westeuropa/Nordamerika

Tel. ++49-30-269-35-7736 | Fax: ++49-30-269-35-9249

<http://www.fes.de/international/wil>  
<https://www.facebook.com/FESWesteuropa.Nordamerika>

Bestellungen/Kontakt hier:  
[FES-WENA@fes.de](mailto:FES-WENA@fes.de)

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet

Das Büro Madrid der Friedrich-Ebert-Stiftung wurde 1976 eröffnet.

Seine Aufgabe ist es, den internationalen Dialog zwischen Politikern, Gewerkschaftern, Wissenschaftlern, Journalisten und Vertretern der Zivilgesellschaft aus Spanien, Deutschland und anderen Ländern zu intensivieren, gemeinsame Interessen herauszuarbeiten und Konflikte konstruktiv zu lösen. Im Zentrum der Arbeit stehen die Europäische Integration und deren Auswirkungen auf die Politik, Wirtschaft und Gesellschaft Spaniens. Konkret bedeutete dies seit 2010 die Konzentration auf die spanische Variante der Euro-Krise und die europäischen Bemühungen ihrer Überwindung.

Weitere Arbeitsschwerpunkte sind der Mittelmeerraum und das Verhältnis zwischen Zentralstaat und autonomen Regionen.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

